



Budapestre vonatkozó ujságcikk

Osztályozás

9.439

Szerző: Kassowitz, Th. Bruno

Cím: Aus den Akten d. Städtever.
einigung vom Jahre 1873

Forrás: Perles Lloyd.

Sp.

1913. 2. 16

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.)

(Oldal)

Hely

Idő

Személy

Helyszám

Kommunal-Angelegenheiten.

Aus den Akten der Städtevereinigung vom Jahre 1873.

Von Theodor Bruno Kassowitz.

An einem schönen Sommerabend des Jahres 1852 saß ein „Fremder von Distinktion“, der persönliche Vertreter des Königs von Preußen, an einem offenen Fenster der Dñer Königsburg und genoß in vollen Zügen eines für Naturschönheit und landschaftliche Reize lebhaft empfänglichen Gemüthes das einzig schöne Städtebild, das sich vor seinem weitausschweifenden Blick ausbreitete. Der nachmalige Reichskanzler Fürst Bismarck schrieb an jenem Abend an seine junge Gattin in heller Begeisterung: „... Der Kaiser hat die Gnade gehabt, mir Quartier in seinem Schlosse anzuweisen, und ich sitze hier in einer großen gewölbten Halle am offenen Fenster, zu dem die Abendglocken von Pesth hereinläuten. Der Blick hinaus ist reizend. Die Burg liegt hoch, unter mir zuerst die Donau, von der Kettenbrücke überspannt, dahinter Pesth, welches Dich an Danzig erinnern würde, und weiterhin die endlose Ebene über Pesth hinaus, im blaurothen Abenddunst verschwiegend...“ „... Wärsst Du doch einen Augenblick hier, und könntest jetzt auf die mattsilberne Donau, die dunklen Berge auf blaurothem Grund, und auf die Lichter sehn, die unten aus Pesth herausscheinen; Wien würde sehr bei Dir im Preise sinken gegen Buda-Pesth, nie der Ungar sagt...“

Für den offenen Blick eines feinsinnigen Beobachters präferierte sich das prächtige Panorama auf beiden Ufern des mächtigen Stromes, am Rande der weiten Tiefebene und in der sanften Umarmung weichlinig emporsteigenden Hügellandes gelegen, als ein ästhetisches Ganzes und der Sprachgebrauch hat „Buda-Pesth, wie der Ungar sagt“ längst eng verbunden, ehe das große

Werk der Vereinigung der königlichen Freistädte Pesth, Ofen und des „Kronmarktes“ Alt-Ofen tatsächlich durchgeführt war. Allerdings hatte bereits eine Verordnung, die der Minister des Innern des unabhängigen Königreichs Ungarn mit richtigem Sinn für die städtevereinigende Bedeutung der Kettenbrücke vor deren feierlicher Eröffnung, am 24. Juni 1849, erlassen, mit einem Nachwort die Vereinigung von Buda und Pesth, sowie die Einverleibung von Alt-Ofen verfügt. Aber diese Verordnung geriet nach dem Freiheitskriege ganz in Vergessenheit, und was die kaiserliche Regierung, der es nicht um die Vergrößerung der ungarischen Hauptstadt zu tun sein mochte, im Sinne einer Vereinigung der Schwesterstädte Förderliches getan hat, beschränkt sich auf Einbeziehung der Städte zu einem Verwaltungsbezirk und auf die einheitlichen Verfügungen hinsichtlich der Verzehrungssteuer für Pesth und Buda (mit D-Buda), welche man den Schwesterstädten als einem geschlossenen Stadtrayon auferlegte. Von einer eigentlichen Städtevereinigung war noch lange nicht die Rede, und als sie schließlich in Angriff genommen wurde, kostete die Ausführung dieser, auf den ersten Blick so überaus pflanzlichen Idee ein gar schweres Stück stadtväterlicher Mühe und Arbeit. Die Akten dieses wichtigen Kapitels hauptstädtischer Geschichte — anlässlich der vierzigsten Jahreswende der vollendeten Vereinigung sind sie in einem dickleibigen Sammelband veröffentlicht worden *) — füllen vierziges Druckbogen und bieten selbst bei oberflächlichem Durchblättern einen gewichtigen Beweis dafür, daß diese Städtevereinigung durchaus nicht so glatt vor sich ging, wie sie uns heute natürlich und gar nicht anders denkbar erscheint.

Als nach der Wiederherstellung der Konstitution die Idee der Städtevereinigung neuerdings angeregt wurde und der Oberbürgermeister von Pesth Moriz v. Szentiviranyi die Stadtvertretung aufforderte, mit Hinblick auf die in Aussicht gestellte legislative Verhandlung der Ver-

einigung auf die Wahrung ihrer Interessen bedacht zu sein, erachteten die Stadtväter den Antrag, der ihnen damals noch wie ferne Zukunftsmusik zu klingen schien, so wenig dringlich, daß sie sich in eine meritorische Verhandlung der Angelegenheit gar nicht einließen. So wenig sich in weiten Kreisen ein reges Verständnis für den Gang der Dinge zeigte, so wenig konnte der diesbezügliche Mangel die weitere Entwicklung aufhalten, die sich stetig in der Richtung der Vereinigung bewegte. Von neuerlichen Steuer-Verordnungen abgesehen, die Pesth und Buda beständig als zusammengehörig behandelten, leitete die Regierung durch die Aufstellung eines gemeinsamen Schulrates für beide Städte im Jahre 1868 und insbesondere durch die Organisation eines gemeinsamen Verwaltungsorgans der öffentlichen Arbeiten, des hauptstädtischen Baurates, dessen Wirkungskreis sich auf Pesth und Buda erstreckte, der eigentlichen Vereinigung beider Städte nachdrücklich Vor-schub.

Merkwürdigerweise schien gerade der gemeinsame Schulrat, dessen vierunddreißig Mitglieder von den beiden

*) A főváros egyesítésére vonatkozó okmányok gyűjteménye. A negyvenedik évforduló alkalmából kiadja Budapest székesfőváros közönsége. Összeállította Dr. Gárdonyi Albert székesfővárosi levéltáros. Budapest, 1913.

Stadtvertretungen im Verhältnis der Einwohnerzahl gewählt wurden, der Lummelplatz eifersüchtigen Widerstreites, der sich um die behördliche Unabhängigkeit der Schwesterstädte insbesondere in Sachen der Anstellung von Lehrkräften und der Verwaltung des Studienfonds geltend machte. Man mußte des lieben Friedens halber die erwähnten Angelegenheiten in getrennten Ressorts verhandeln, sonst hätte am Ende die partikularistische Eifersüchtelei eher zu einem Zerwürfnis der Schwesterstädte geführt, statt durch die gemeinsame Verwaltung wichtiger Angelegenheiten die Vereinigung, die da kommen sollte, anzubahnen.

Das Verdienst, die zielbewusste Initiative für die tatsächliche Vereinigung von Buda und Pest ergriffen zu haben, gebührt dem um das Ausblühen unserer Hauptstadt auch späterhin reichverdienten Abgeordneten Moritz Wahrmann. Als am 16. Juli 1870 im Reichstag die Gesetzbvorlage über die Organisierung der Munizipien verhandelt wurde und die Opposition energisch ein eigenes Gesetz für die Organisierung der Städte forderte, trat Moritz Wahrmann mit dem Antrag hervor, auf Grund dessen das Haus dem Ministerium den Auftrag erteilte, „sich mit den Städten Buda und Pest über die Vereinigung der inneren Verwaltung beider Städte zu verständigen, und wenn diese durchführbar ist, noch im Laufe desselben Jahres eine Gesetzbvorlage über die auf dieser Grundlage zu bewerkstelligende munizipale Vereinigung der beiden Städte einzubringen.“ Damit war der Stein endlich ins Rollen gebracht, die praktische Durchführung der Städtevereinigung war in entscheidender Weise angebahnt und sollte durch keinerlei Schwierigkeiten, deren Fülle sich der schließlichen Vollendung entgegenstimmte, meritorisch verhindert werden.

So unglaublich es uns heute anmuten mag, es hatte die Idee der Städtevereinigung, von einigen beherzten Vorkämpfern abgesehen, jetzt, wo ihre Verwirklichung mit einem Male in das Gesichtsfeld nächstliegender Möglichkeit gerückt ward, so wenig Freunde wie ehemals, da man sich mit der Angelegenheit, als mit einer in weiter Ferne vorschwebenden Utopie, nicht ernstlich befassen zu müssen vermeinte. Die Sitzungsprotokolle der von dem Minister des Innern Wilhelm v. Döth einberufenen Enquete, an der sich eine Reihe um das öffentliche Leben beider Städte verdienter und deren Interessen gewissenhaft wahrnehmender Männer beteiligte, liefern den besten Beweis dafür, wie wenig man sich damals für die Städtevereinigung zu begeistern wußte. Gewiß, die Gegner der Vereinigung leitete nicht etwa die kleinbürgerliche Voreingenommenheit gegen jede einschneidende Neue-

rung, sie hatten ihre triftigen Gründe, die in den Beratungen der Enqueteteilnehmer von berufenen Männern ausgesprochen und in so mancher wohlgesetzten Rede bis zum Ueberdruß ausgeführt worden sind. Daß die Sache der Vereinigung schließlich nicht in ein kühles Aktengrab versenkt und in den endlosen unterirdischen Kryptengängen der Spezialausschüssen und Kommissionsberatungen mumifiziert und petrifiziert worden ist, war schließlich, wie wir es des näheren sehen werden, einem Gewaltstreich der Regierung zu verdanken. Es fällt uns natürlich nicht im Traum ein, den damaligen Gegnern der Städtevereinigung einen Vorwurf wegen ihrer Stellungnahme zu machen. Wir anerkennen bei ihnen rückhaltlos den Mut der eigenen Ueberzeugung. Soviel Epigonensfrivolität müssen sich die guten Herren jedoch schlecht oder recht gefallen lassen, daß wir heute, mit einem steten Hinblick auf die Verhältnisse, wie sie im Laufe der verfloffenen vier Jahrzehnte bis auf die heutige, jublierende Gegenwart geworden sind, unser harmloses Vergnügen haben an mancher ernstgemeinten Philippika gegen die Städtevereinigung, von der sich damals viele so wenig Gutes versprechen wollten.

Der leisen Ironie gegenüber, die uns der lebhaft pulsierende Rhythmus des großstädtischen Lebens von heute beim Anhören mancher Kassandrastimme von damals mitempfinden läßt, sei der historischen Objektivität halber festgesetzt, daß entschieden die Gegner, nicht die Befürworter der geplanten Städtevereinigung als die Vertreter der überwiegenden öffentlichen Meinung ihrer Zeitgenossen anzusehen sind. O-Buda, dessen leidige Folgen veralteter feudaler Verhältnisse und Lasten einer althergebrachten Hörigkeit durch die Vereinigung für das Vollrecht freien Bürgertums einzutauschen hatten, O-Buda war seiner Mehrheit nach entschieden gegen die Vereinigung gestimmt. In dem engeren Ausschuß, der die Spezialdebatte über die Vereinigungsvorlage durchzuführen hatte, machte sich Moritz v. Szent-

firáshi, der gewesene Oberbürgermeister von Pest, selbst zum Sprachrohr der gegen die Vereinigung voreingenommenen öffentlichen Meinung des Pester Bürgertums. Da wurde vor allem mit nicht geringem Stolz darauf hingewiesen, daß die Freistadt Pest sich als eine Stätte reger industrieller Tätigkeit auf einer Höhe der kulturellen Entwicklung befinde, mit der das rückständige Buda nie Schritt halten wird. Mit anderen Worten hieß das der Befürchtung Ausdruck verleihen, es werde die beklagte Rückständigkeit von Ofen dem Stadtsäckel des aufstrebenden Pester Gemeinwesens ungebührlich zur Last fallen. Das ebenso undelikate als für die nächstbeteiligten gewichtige Argument wurde denn auch ungehinkt hervorgehoben und mit der Versicherung besiegelt, Buda sei schon seiner Lage halber, durch die Anhöhe der Festung und den Blocksberg beengt, auf ewige Zeiten entwicklungsunfähig und könnte daher der Industriestadt Pest nur als Hemmschuh dienen. Die Tatsache, daß die beiden Schwesterstädte seit Jahrhunderten unter verschiedenem munizipaler Leitung gestanden haben, und die dadurch entstandene, angeblich unvereinbare Verschiedenheit der Interessen wurde von den Vertretern beider Städte als stichhaltiges Argument gegen die Vereinigung vorgebracht. Ein Paradeargument des Herrn v. Szentfiráshi beruhte auf ernststen Befürchtungen in nationaler Beziehung. Durch die Vereinigung mit der überwiegend Deutsch sprechenden

Bevölkerung Ofens werde Pest und insbesondere die reinungarische Pester Stadtvertretung der imminenten Gefahr der Germanisierung ausgesetzt, wodurch der ungarische Charakter der künftigen Hauptstadt, wenn nicht gar des Landes gefährdet werden sollte.

Es war solchen Argumenten gegenüber keine allzu schwere Aufgabe, im Laufe der Debatte der Vorlage der Regierung durch hejonnene Gegengründe einen Anhang zu schaffen, über die Belehrung eines Besseren, die sich einzelne Ausschußmitglieder gefallen lassen mochten, war

lange nicht mit einem Umschwung der öffentlichen Meinung gleichbedeutend. Ja, selbst im Spezialausschusse wäre der würdige Vorsitzende Moriz v. Szentkirályi, der seinen gegnerischen Standpunkt wider die Vereinigung konsequent behauptete, nicht wiederholt von den Parteigängern der Vorlage niedergestimmt worden, wenn außer sieben Stadtrepräsentanten nicht auch zwei offizielle Vertreter der Regierung, die Ministerialräte Josef Ribáry und Alexander Havas, an den Beratungen teilgenommen und für die Vereinigung wirkungsvoll Stimmung gemacht hätten.

Insbesondere Alexander Havas, der auch der geistige Urheber der späterhin zu Gesetzeskraft erhobenen Organisationsvorlage der Hauptstadt gewesen ist, hat sich um die Idee der Vereinigung reiche Verdienste erworben. Es ist wohl in erster Linie seinem mächtigen Einfluß zu verdanken, daß, obwohl sich die Enquete vorerst entschieden gegen die Vereinigung geäußert hat, der Spezialausschuss dementsgegen einer Gesetzbvorlage beipflichtete, die zwar den Beschluß enthielt, die Vereinigung der Schwesterstädte und die gesetzliche Organisation der Hauptstadt von einander getrennt vorzunehmen, gleichzeitig aber im Prinzip die Vereinigung aussprach.

Schon im Verlaufe der Spezialausschuffitzungen gegen wir manchen guten Gründen, die zugunsten der geplanten Vereinigung mehr oder minder wichtig in die Waagschale fallen mußten, denen ein weitreichender Blick in die Zukunft und eine Großzügigkeit der Auffassung nicht abzupredigen sind. So wurde schon damals die Möglichkeit eines Aufschwungs von Buda betont, dessen Augenzeuge erst die jüngste Generation geworden ist. Man konnte die industrielle Entwicklungsfähigkeit der Ofner Seite allerdings schon damals mit dem Hinweis auf die bereits dort entstandenen und gedeihenden derartigen Betriebe beweisen. Aber daß die Fürsprecher der Städtevereinianna als auf vollwertige Äquivalente für

die in mancher Hinsicht rückständigen Zustände Budas auf die prächtige Gebirgslage und den Reichtum an heilkräftigen Thermen hingewiesen haben, spricht deutlich von dem schon damals vorhandenen richtigen Verständnis für die Entwicklungsmöglichkeiten der Hauptstadt, die die geistige Grundlage der in neuester Zeit mit entsprechender Großzügigkeit inaugurierten städtischen Bäderpolitik bilden.

Ein beredter und gediegener Verteidiger der vielgeschmähten Städtevereinigung erstand im Plenum der Enquete in der Person Anton Esengerys, der insbesondere auf die vitalen Interessen des Landes hinwies, die die Vereinigung und dadurch die Bildung einer Hauptstadt von repräsentativer Bedeutung unumgänglich notwendig erscheinen ließen. Er wies auf das Beispiel von Paris an beiden Ufern der Seine und Londons an denen der Themse hin, um jenen zu begegnen, die da meinten, was die Natur durch die Donau geschieden, sollte die Legislative nicht widernatürlich zu vereinen versuchen.

Weder die schönsten Reden, noch die besten Gründe, geschweige denn die als Ergebnis der Enquete von dem Minister des Innern am 9. November 1871 eingebrachte Vorlage über die municipale Organisation der Hauptstadt, welche die Vereinigung aussprach, vermochten die dabei beteiligten Municipalitäten der Städtevereinigung freundlich zu stimmen. Vor allem verwahrte man sich gegen eine Verquickung der Reform der Städteorganisation, deren Notwendigkeit allerdings keinen Zweifel übrig ließ, mit der Vereinigung, der man erst eben durch entsprechende municipale Maßregeln vorarbeiten zu müssen glaubte. In der Pesther Stadtvertretung äußerte man die lobesame Absicht, durch eine planmäßig bezweckte gesellschaftliche, industrielle und geschäftliche Annäherung mit den so ganz wesensfremden Elementen der Schwesterstadt Ofen jene Fühlung suchen zu wollen, ohne welche die geplante Ver-

einigung nur auf dem Papier werde Bestand haben können. Weniger akademisch lautete dagegen die Forderung, die man freilich ebenfalls als unumgängliche Vorbedingung der Vereinigung hinstellte, die geplanten Brücken auszubauen und den Verkehr von den Brückenbauten zu befreien . . .

In der Stadtvertretung von Buda waren die Ansichten in bezug auf die Vereinigung geteilt. Nur darüber waren Freunde und Gegner der Vorlage einig, daß bei der Vereinigung auf alle Fälle Ofen der opferbringende Teil sein werde . . . Ofen verlor durch die Vereinigung den Titel und Charakter einer Hauptstadt des Landes, Ofen sollte, so klagte man weiter, dem überlegenen Pest gegenüber die eigene municipale Selbstständigkeit einbüßen, Ofen würde der Versuch, mit Pest in wirtschaftlicher Beziehung welteifern zu wollen, das Gleichgewicht althergebrachter Existenzbedingungen kosten . . . Es fehlte nicht an Gegnern der Vorlage, die in dem drohenden wilden Konkurrenzkampf der vereinigten Schwesterstädte alle Greuel eines Bruderkrieges zwischen Bürgern von hüben und drüben zu befürchten schienen. Auch hier war man übrigens der Ueberzeugung, daß so lange Pest und Buda nur eine einzige Brücke verbindet und der Verkehr selbst auf dieser einen durch Zoll gehemmt werde, von einer richtigen Vereinigung gar nicht die Rede sein kann . . . Schließlich sei noch erwähnt, daß der „Aronmarkt“ in Buda sich ebenfalls gegen die Vorlage aussprach, da man in ihr die lokalen Eigeninteressen nicht gewahrt sah . . .

So vielseitige und vielgestaltete Gegensätze auszugleichen, war die Aufgabe einer Delegiertenkonferenz der drei Städte, deren Sitzungsprotokolle etwaigen Interessenten in dem oben erwähnten Aktenband in wortgetreuer Abdruck zur Einsicht bereitliegen. Wir wollen uns auf die Feststellung beschränken, daß durch den Gesetzaritel XXXVI: 1872 die Vereinigung von Buda, Pest und

S-Buda, sowie auch die nicht minder wichtige Organisa-
tion der Hauptstadt bewerkstelligt worden sind. Die lang-
atmigen Verhandlungen, die insbesondere das Werk der
Organisirung erheischte, enthalten ebenfalls manche inter-
essante, teilweise nicht wenig kurzweilige Einzelheiten,
deren Auslese aus der großen Aktenmasse dem Sammel-
fleiß eifriger Forscher überlassen bleiben möge. Es sollen
eben auch andere noch Rosinen in dem Kuchen dieser
Aktensammlung finden.